IGEL-OF e. V.

Initiative Gemeinsam Lernen für Stadt und Kreis Offenbach

Wilhelmsplatz 2 ▪ 63065 Offenbach
069-83008685 ▪ www.igel-of.de

Newsletter für Inklusion in Offenbach

Ausgabe 1, April 2013

"Stellt euch vor, es gibt **eine** Schule und **alle** gehen hin!"

Jedes Kind ist anders und jedes Kind lernt anders!

Eine Schule, in der alle gemeinsam lernen, jedes Kind so wie es ihm möglich ist, angenommen mit seinen Bedürfnissen, seinen Fähigkeiten, seinen Interessen und seinem Blick auf die Welt.

Der Verein IGEL-OF e.V.

Am 23. Februar 2011 haben sich betroffene und interessierte Eltern zusammengetan, um sich für die gemeinsame Beschulung ihrer Kinder mit und ohne Förderbedarf einzusetzen. Schnell wuchsen das Interesse und die Aktivitäten zur schulischen Inklusion in Offenbach. Am 19. Januar 2012 beschloss die Eltern-Initiative IGEL-OF daher die Gründung eines gemeinnützigen Vereins mit demselben Namen. Der Verein hat derzeit ca. 25 aktive Mitglieder, halb aus dem Kreis, halb aus der Stadt Offenbach, der Verteiler wächst stetig (ca. 60 Personen: Familien, Bildungsfachleute, Lehrer, Sozialpädagogen etc.)

Die einzelnen Mitglieder des Vereins sind Ansprechpartner für betroffene Eltern in einer ähnlichen Situation, sie beraten, unterstützen und begleiten die Familien, die auch für ihre Kinder die inklusive Beschulung wünschen. Die Beratung durch die Mitglieder ist grundsätzlich kostenlos und unabhängig. Zunächst klären wir die Eltern über ihre Rechte auf und besprechen die Situation, in der sie sich befinden. Gemeinsam suchen wir nach einer geeigneten Lösung. Dazu gehen wir mit zu den Gesprächen in den Schulen, Ämtern und Förderausschüssen. Wir helfen bei der Beantragung von Eingliederungshilfe und Sachmitteln. Wir vermitteln Ansprechpartner, die ihnen weiterhelfen könnten, wie auch Adressen von Anwälten und Psychologen für Gutachten. Für die Familien, die wenig Deutsch sprechen, formulieren wir die notwendigen Briefe im Verfahren (z.B. Widerspruch, Stellungnahmen, Anträge und Begründungen).

Das Eltern-Treffen einmal im Monat ist öffentlich und wird über die örtlichen Medien und Verteiler angekündigt. Dort können sich die Eltern austauschen, Erfahrungen sammeln, sich gegenseitig ermutigen. Oft überlegen wir gemeinsam, wie wir in Einzelfällen vorgehen. Anstehende Feste und Infostände, so wie unsere Lobbyarbeit betr. Landes- und Kommunalregierung legen wir dort fest. Über jedes dieser Treffen wird Protokoll geführt.

Die zweite wesentliche Aktivität des Vereins ist die Öffentlichkeitsarbeit/Lobbying. Wir besuchen selbst alle wichtigen Veranstaltungen im Rhein-Main-Gebiet zur Inklusion stehen in regelmäßigem überregionalen Kontakt mit den andern Elterninitiativen, GEW, Grundschulverband etc. Als Veranstalter von Festen und Vorträgen u.ä. sind wir vor Ort, betreiben Aufklärung, wollen über Inklusion informieren und Vorurteile abbauen. Regelmäßig machen wir Info-Stände bei anderen Festlichkeiten in Kreis und Stadt Offenbach. Oft wird das Thema Inklusion an diesen Ständen heiß diskutiert, jeder hat seine Meinung dazu, positive und negative Erfahrungen werden ausgetauscht, auch Lehrer erzählen direkt aus ihrem Alltag.

Ein Teil der Lobby-Arbeit ist der Besuch der Lokalpolitiker, das Auftreten in Bildungs- und Integrationsausschüssen, wo wir unser Anliegen vorstellen und für die Sache werben. Der Verein IGEL-OF e.V. ist Mitbegründer des Netzwerks für Inklusion der Stadt Offenbach (http://stadt.inklusion-of.de/). Wir bauen kontinuierlich den Kontakt zu den Offenbacher Schulen aus. Wir versuchen, ausgehend von persönlichen Kontakten, zunehmend Lehrer dafür zu gewinnen, inklusiv zu arbeiten. Zwei Mitglieder des Vereins studieren Inklusionspädagogik und können auf ihren praktischen und theoretischen Erfahrungen durch das Studium aufbauen.

Unser Ziel ist die gemeinsame Beschulung aller Kinder, jedes nach seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen. In unserer Gesellschaft muss sich die Idee verankern, dass kein Kind aussortiert werden darf, jedes Kind bringt seine eigenen Gaben und Fähigkeiten mit ein, es ist Teil unserer Gesellschaft, es gehört dazu.

AKTUELLES

Kommunaler Aktionsplan Inklusion Stadt Offenbach:

Am 7. Mai 2012 setzen sich Stadt Offenbach und Netzwerk für Inklusion der Stadt Offenbach zu einem ersten Vorgespräch für die Umsetzung des kommunalen Aktionsplans für Inklusion zusammen.

Der kommunale Aktionsplan für Inklusion wurde von der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2011 mit überwiegender Mehrheit im Stadtparlament angenommen. Doch bisher gab es noch keine weiteren Maßnahmen zur Entwicklung bzw. Umsetzung eines solchen Aktionsplans. Viele Städte in Hessen und bundesweit haben sich schon auf den Weg gemacht, für ihre Kommunen einen Aktionsplan zu erstellen. Offenbach kann auf Unterstützung dieser Städte bei den Inhalten und Erfahrungen mit dem Aktionsplan hoffen.

2. Modellregion für Inklusion im Kreis Offenbach:

Nach dem Ende des Modells "Begabungsgerechte Schule" denken alle Beteiligten über eine Weiterführung und Ausweitung des Modells durch die Etablierung der sog. zweiten Modellregion für Inklusion ähnlich wie in Wiesbaden nach. Es gab bereits erste Gespräche, vom Kultusministerium wurde Interesse signalisiert, derzeit wird die wissenschaftlich Auswertung des Modellversuchs "Begabungsgerechte Schule" abgewartet, alle Seiten müssen überlegen, was sie zum Gelingen einer neuen Modellregion beitragen können. Neben der nötigen und bedarfsgerechten Zahl der Förderlehrer werden in den Schulen, die sich diesem Modell anschließen wollen, auch Sozialarbeiter, Integrationshelfer und sächliche Ausstattung benötigt. Als positives Zeichen darf man die Meldung seitens des Kultusministeriums werten, dass die Ausstattung der vier "begabungsgerechten Schulen" zumindest im nächsten Jahr erhalten bleibt, um einen entsprechenden Übergang zu gewährleisten. Doch dies ist bei der steigenden Zahl von Anmeldungen von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Bewilligung Eingliederungshilfe im Kreis Offenbach:

Bei der Bewilligung der Eingliederungshilfe (I-Helfer) im Kreis Offenbach gibt es nach wie vor Probleme: Einen Antrag auf Integrationshelfer stellen die Eltern im Einzelfall für ihr Kind bei den Sozialbehörden. Bisher wurden diese Anträge in weitreichendem Maß abgelehnt.
Die Begründungen lauten wie folgt: Das Kind besuche das Schulmodell "Begabungsgerechte Schule" und sei daher versorgt. Schaffe es das nicht, müsse es auf die Förderschule. Oder das Kind hat Förderbedarf "Geistige Entwicklung". Daher sei die Förderlehrerkraft (HKM) für alle Aufgaben im Schullalltag zuständig. Wir sehen zu Recht, dass die Kreisbehörden oft zum Ausfallbürgen für den mangelnden Umsetzungswillen der Inklusion durch die Schulpolitik gemacht werden. Weiterhin besteht das rechtliche Problem, dass für die inklusive Beschulung bisher keine Vorgaben vom Land/Bund existieren. Staatsminister Grüttner erklärte im persönlichen Gespräch mit den Eltern, dass die schulische Inklusion rein Sache des hessischen Kultusministeriums sei. Die zusätzliche Bewilligung der Eingliederungshilfen unterliege ausschließlich der Entscheidung der örtlichen Sozialhilfeträger. Dem wiederum fehlen angeblich die gesetzlichen Vorgaben von oben.

Dies entspricht nicht den Zielvereinbarungen des hessischen Aktionsplans. Es ist für uns Eltern unzumutbar, dass Verantwortlichkeiten ständig hin und her geschoben werden. Für eine gelingende Inklusion ist die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien notwendig. Der hessische Aktionsplan sieht vor, dass Projekte zur Inklusion gemeinsam erarbeitet und die regionalen Behörden vor Ort bei der Umsetzung entsprechend unterstützt werden.

Eine Lösung könnte die Gewährung der Eingliederungshilfe in Form eines Budgets sein. Die an der Modellregion Inklusion teilnehmenden Schulen werden mit einen Budget für Eingliederungshilfe vom Kreis Offenbach ausgestattet. Als Grundlage dient ein Kooperationsvertrag zwischen den Schulen und dem Kreis. Die Schulen würden damit einen konsequenten Schritt weiter gehen hin zur "selbständigen Schule". Dem Landkreis würden aufwendige Verwaltungskosten erspart, Beschwerden und Klagen durch die Eltern wären damit nicht mehr notwendig (s. Modellvorhaben Landkreis Gießen). Auch dies setzt wieder die Zusammenarbeit aller Behörden und deren Willen voraus, Inklusion erfolgreich umzusetzen.

VERANSTALTUNGEN

AKTUELL

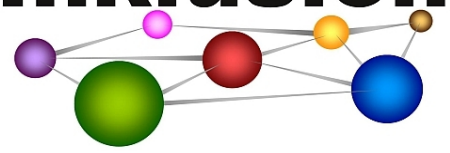
INKLUSION IN KINDERTAGESSTÄTTEN UND SCHULEN - *Welches Wissen brauchen Fachkräfte?*

Herausforderung für die Aus-, Fort- und Weiterbildung

25. April 2013 18:00 – 20:30 Uhr

Ledermuseum Offenbach, Frankfurter Straße 86

Netzwerk Inklusion
Offenbach - Stadt



KOMMENDES

25. April 2013:
16.00 – 17.30 Uhr:
Gespräche zur Inklusion, Rödermark

18.00 - 20.30 Uhr:
Inklusion in Kitas und Schulen, Offenbach

4. Mai 2013:
ab 10.00 Uhr:
Down-Sportler-Festival FFM

10.00- 17.00 Uhr:
Fachtagung Die Linke im Landtag zu Inklusion und Heterogenität

8. Juni 2013:
10.00 - 17.00 Uhr:
Fachtagung Inklusion des VdS in Gießen

21. Juni 2013:
10.00 – 17.00 Uhr:
Inklusionsveranstaltung Lebenshilfe Gießen

29./30. Juni 2013:
Mainuferfest in Offenbach

Presse

13. März 2013

Eltern engagieren sich weiterhin für Inklusion in Hessen

Die hessische Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben - gemeinsam lernen e.V. hat sich jahrelang engagiert und mit wachsendem Erfolg für die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und/oder besonderen Bedürfnissen am gesellschaftlichen Leben eingesetzt (Inklusion). Nach der Insolvenz der Landesarbeitsgemeinschaft haben sich erneut Einzelpersonen und Vertreter hessischer Elterninitiativen zusammengetan und Anfang März den Verein "Gemeinsam leben Hessen" in Frankfurt gegründet.

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen bleibt auch die Grundlage und Leitidee des neuen Vereins: Niemand darf aufgrund seiner Hautfarbe, Herkunft, Sprache, Geschlecht und/oder Behinderung ausgegrenzt werden.

Der neue Verein wird die Vernetzung der Arbeit der hessenweit arbeitenden Elterninitiativen fortführen und intensivieren, sowie deren Informationen über Erfahrungen, Arbeitsweisen und Fortschritten bei der Umsetzung der Inklusion bündeln. Er unterstützt die öffentliche Bewusstseinsbildung für Inklusion und die Erstellung lokaler Aktionspläne für Inklusion vor Ort.

Nach außen wird der neue Verein in der Nachfolge der LAG als Ansprechpartner und Interessenvertretung für Eltern von Kindern mit besonderen Bedürfnissen gegenüber den Landesbehörden, der hessischen Landesregierung und anderen offiziellen Institutionen dienen. Ein reger Austausch mit den übrigen Betroffenenverbänden (Behindertenhilfe, Lebenshilfe, Ausländerbeiräte, Elternbeirat u.v.m.) ist ausdrücklich geplant und soll in der nächsten Zeit intensiviert werden.

Der Verein "Gemeinsam leben Hessen" wird Vertreter zu den Arbeitstreffen der Stabsstelle für Inklusion der Landesregierung entsenden, die den hessischen Aktionsplan für Inklusion umsetzt. Er nimmt für die LAG den Sitz bei der Gruppe Inklusionsbeobachtung Hessen (GIB) und bringt seine praktischen Erfahrungen in der lokalen Umsetzung der Inklusion in die wissenschaftliche Dokumentation der daran arbeitenden Institute und universitären Einrichtungen mit ein.

Er ist die übergeordnete Anlaufstelle für betroffene Eltern in Hessen. Hier erhalten sie erste Ratschläge und Hinweise, die Mitglieder des Vereins bemühen sich, die ratsuchenden Eltern möglichst schnell und unmittelbar an die jeweils zuständigen lokalen Elterninitiativen weiterzuvermitteln.

Die WEB-Seite mit weiteren Informationen wird z.Zt. erstellt: www.gemeinsam-leben-hessen.de
Bitte unterstützen Sie uns und geben Sie diese Information weiter.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dorothea Terpitz	Verena Middendorf	Petra Doering	Anke Koch-Röttering
1. Vorsitzende	2. Vorsitzende	Schatzmeisterin	Schriftführerin

069-83008685
info@artycon.de

Gemeinsam leben Hessen c/o elternbund hessen Oeder Weg 56 60318 Frankfurt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
Kreistagsfraktion Offenbach

Pressemitteilung

15.4.2013

Gemeinsame Beschulung ist kaum machbar unter den derzeitigen Rahmenbedingungen

Dr. Klaus-Uwe Gerhardt
Foto: Rainer Kurzeder

Über die Möglichkeiten der inklusiven Beschulung an einer weiterführenden Schule informierten sich Kreispolitiker von Bündnis 90/ Die Grünen am Mittwoch, 10. April 2013 in der Hermann – Hesse-Schule, einer kooperativen Gesamtschule in Obertshausen.

„Die Landesregierung nimmt die Aufgabe der Inklusion nicht ernst: das fängt bei den Kindertagestätten an und hört bei den weiterführenden Schulen auf", erklärt Dr. Klaus-Uwe Gerhardt, schulpolitischer Sprecher der Fraktion, als Fazit aus den Informationen, „Ganze vier Personalstunden pro Woche für ein Kind mit Förderbedarf bei etwa 30 Unterrichtsstunden sind schlicht zu wenig. Damit ist ein gemeinsamer Unterricht in den allermeisten Fällen einfach nicht machbar."

„Da der Kreis Offenbach einst zur Modellregion ausgerufen wurde, hatten wir eigentlich die Hoffnung, dass man hier von Seiten des Landes akzeptable Rahmenbedingungen anstreben würde", ergänzt Benjamin Schwarz, Mitglied im Schulausschuss des Kreistages, „Aber davon kann überhaupt nicht die Rede sein. Das Ziel einer gemeinsamen Beschulung, dem sich die Bundesregierung einst mit Unterschrift unter die Menschenrechtskonvention verpflichtet hat, ist unter der derzeitigen Landesregierung offensichtlich nicht erreichbar."

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Kreistag Offenbach
gruene@kreis-offenbach.de
Fraktionsgeschäftsführung: Sonja Arnold
Tel 06074/8180-2406 Fax 06074/8180 – 2470 Werner – Hilpert – Str. 1, 63128 Dietzenbach

Empfehlungen des Beirats zu „Inklusive Schule in Berlin“ erschienen

Eintrag vom 15.04.2013

Nach der Kritik in der Öffentlichkeit am Senatskonzept "Inklusive Schule" des ehemaligen Senators Jürgen Zöllner hat seine Nachfolgerin Sandra Scheeres im Juni 2012 einen Beirat "Inklusion" mit dem Auftrag einberufen, Empfehlungen zur Umsetzung des Gesamtkonzepts "Inklusive Schule in Berlin" zu erarbeiten.
Der Beirat setzt sich aus verschiedenen Expertinnen aus Wissenschaft, Eltern-, Schüler- und Lehrervertretung, Schulleitungen, Bezirksstadträtinnen und Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung zusammen.
Die Empfehlungen sind in neun Bereiche unterteilt, u.a.: Das Recht auf Inklusion. Empfehlung zur Änderung des Schulgesetzes; Diagnostik für die FSP Lernen, Emotionale und Soziale Entwicklung, Sprache und für andere Behinderungsarten; Qualifizierung, Weiterbildung sowie ergänzende Förderung und Betreuung.

Außerdem enthalten die Empfehlungen einen Themenschwerpunkt zu „Baulichen Voraussetzungen“, ein Kapitel zur „Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung in Berlin“ und „Daten zur Entwicklung der Integration und des sonderpädagogischen Förderbedarfs“.

Die Empfehlungen und die Stellungnahme der GEW BERLIN dazu finden Sie unter nachstehendem Link:

„Inklusive Schule in Berlin“

Monitoring-Stelle fordert verstärkte Anstrengungen bei der Umsetzung der UN-Konvention

Eintrag vom 11.04.2013

Anlässlich des 4. Jahrestages des Inkrafttretens der UN-Behindertenrechtskonvention am 26. März 2013 würdigt die Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention die Anstrengungen von Bund und Ländern zur Umsetzung der Konvention. "Die bis heute geleisteten Anstrengungen in Bund und Ländern sowie die Bemühungen von nichtstaatlichen Akteuren, die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Politik und Verwaltung zu verankern, sind positiv zu würdigen", erklärt Valentin Aichele, Leiter der Monitoring-Stelle. Mittlerweile gebe es auf Bundesebene und in zehn Bundesländern Aktions- und Maßnahmenpläne.

Zugleich kritisiert Aichele, dass sechs Bundesländer (Baden-Württemberg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen, Schleswig-Holstein) bisher keine Umsetzungsstrategie in Kraft gesetzt hätten. Das sei ein echtes Manko. "Für die Umsetzung der Konvention ist es entscheidend, welche konkreten Verbesserungen sich für die Menschen vor Ort ergeben", mahnt Aichele. Hier seien in den letzten vier Jahren große Probleme beispielsweise in den Bereichen inklusive Bildung, Schutz vor Gewalt, politische Mitwirkung, Barrierefreiheit, gesundheitliche Versorgung erkennbar geworden. "Ohne ein ambitioniertes planerisches und koordiniertes Vorgehen der Regierungen in Bund und Ländern sowie die Koordination der beiden Ebenen ist eine erfolgreiche Umsetzung der Konvention kaum vorstellbar", resümiert Aichele.

Die Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention, eingerichtet im unabhängigen Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin, hat gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention den Auftrag, die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Sinne der Konvention zu fördern und zu schützen sowie die Umsetzung der Konvention in Deutschland zu überwachen.

Unter folgendem Link finden Sie eine Übersicht vom Stand der Umsetzung der UN-Konvention in den Bundesländern:

Sechs Bundesländer noch ohne Aktions- und Maßnahmenpläne

Adressen und Links

Weitere Informationen:

- Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben - gemeinsam lernen
  http://www.gemeinsamleben-gemeinsamlernen.de/
- Gemeinsam leben Hessen (e.V.)
  http://www.gemeinsam-leben-hessen.de/
- IGEL Sachsenhausen
  https://sites.google.com/site/igelffm/home
- Wir dabei e.V.
  http://www.wir-dabei.de/
- Integration/Inklusion Köln Projekt
  http://www.inkoe.de/
- Inklusion in Olpe
  http://www.inklusion-olpe.de/
- Inklusion ist Menschenrecht

Wissenswertes für Lehrer und Eltern:

- Website der Aktion Mensch - zum Thema Inklusion
- „Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur sonderpädagogischen Förderung in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland" aus dem Jahr 1994
- Kinder mit und ohne Behinderung unterrichten - das geht!
- Website der Sopie-Scholl-Schule, Giessen - Beispiel für gelungene Inklusion
- Sophie-Scholl-Schule auf YouTube
- Website der Wichernschule, Mühltal - Beispiel für Inklusion an der Förderschule
- BertelsmannStiftung - Lehren und Lernen für die Zukunft
- BertelsmannStiftung - Schulzeitschrift PodiumSchule zum Thema Inkusion
- Zeitschrift für Inklusion-online.net - Fachberichte und Anleitungen
- Website für Eltern von Grundschulkindern
- Der Grundschulverband e.V.
- Bildungsakademie Sonderpädagogik - Konzeptentwicklung an Schulen
- Lebenshilfe e.V. - Forbildungsangebote
- Master of Inklusion?
- Vortrag Prof. Gerald Hüther
- Ganztangsschule als Ort der Vielfalt
- Projekt InKö – Integration / Inklusion Köln

Das gefällt uns:

- Frankfurter Rundschau: Förderschule nimmt Kinder ohne Behinderung auf - 08/2012 !
- Frankfurter Rundschau: Behindert - 09/2012
- Netzwerk Inklusion Frankfurt
- Netzwerk Inklusion Offenbach
- Inklusion in 80 Sekunden erklärt - Aktion Mensch
- Lehrer haben vormittags Recht und nachmittags frei. Oder? Quarks & Co
- Pro Infirmis - Kommen Sie näher! oder Möchtest Du mit mir kuscheln!?
- Jakob Muth-Preis für Inklusive Schule 2010
- Jakob Muth-Preis für Inklusive Schule 2011/2012
- Berg Fidel - Eine Schule für alle!! - Trailer
- Berg Fidel - Eine Schule für alle!! -Westart-Bericht
- Schule im Aufbruch

Kontakt zu uns

Ansprechpartner - Stadt Offenbach

Dr. Dorothea Terpitz
Wilhelmsplatz 2
63065 Offenbach am Main

Tel.: 069-83008685
Mail: info@igel-of.de

Dr. Sabine Doerner
Bettinastr. 13
63067 Offenbach

069-85703124
Mail: s.doerner@igel-of.de

Ansprechpartner - Kreis Offenbach

Andreas Finke

Obergasse 8
63322 Rödermark

Tel.: 06074-93572
Mail: igel-of@arcor.de

Martina Bode

Im Hasenwinkel 23
63179 Obertshausen

Tel. 06104-409510
Mail: m.bode@igel-of.de